

SPIEGEL *Titel*

Regierung Schmidt: Schonfrist gibt es nicht

Helmut Schmidts Kabinett der Polit-Handwerker wird der Opposition, so fürchtet nicht nur CDU-MdB Friedrich Vogel, „noch zu schaffen machen“. Dabei sind die Aussich-

ten der neuen Regierung keineswegs rosig: Bei der Steuerreform muß Schmidt mit Widerstand der Länder, bei der Mitbestimmung mit weiterem Koalitionsstreit rechnen.

Helmut Schmidt herrschte die Genossen an: „Warum geht das hier so langsam. Kann das nicht schneller gehen?“

Willy Brandt versuchte den Aufgeregten zu beruhigen. Bei einem Photo-Termin für das SPD-Organ „Sozialdemokrat Magazin“ am Dienstag letzter Woche, zwei Tage vor Schmidts Wahl zum neuen Regierungschef, klopfte der Vorgänger dem Nachfolger beschwichtigend auf die Schulter: „Helmut, warte nur ab, wenn du erst Bundeskanzler bist, mußt du so was noch öfter machen.“

Aus Ehrgeiz, so schnell wie nie zuvor die neue Regierung auf die Beine zu bringen, gönnte sich Schmidt keine Pause. Schon unmittelbar nach Willy Brandts Rücktritt hatte er, am Dienstag vorletzter Woche, seinen Finanzstaatssekretären Order gegeben, die Regierungserklärung vorzubereiten. In sein Programm, das er nicht wie Brandt im umständlichen Umlaufverfahren von den einzelnen Ressorts entwerfen ließ, sondern selbst konzipierte, schrieb Schmidt den Marschbefehl für den kurzen Weg bis zum Wahlkampf 1976: „Bis dahin ist vieles zu tun.“

Kaum mehr als eine Woche brauchte der neue Kanzler, dann hatte er fünf SPD-Minister sowie sieben Parlamentarische und drei beamtete Staatssekretäre neu bestellt und mit dem Koalitionspartner FDP den Umbau der Regierung nebst geschrumpftem Programm ausgehandelt.

Selbst bei der Wahl von FDP-Chef Walter Scheel zum Bundespräsidenten am vergangenen Mittwoch hielt es ihn nicht in der Bonner Beethovenhalle. Während die 1033 Stimmen ausgezählt



Kanzler Schmidt: „Helmut, warte nur“



Fraktionschef Wehner (r.), Kanzler: Nach Plan explodiert



Hoffen auf den Macher

Sehr geehrte Herren!

Gemäß § 11 des Hamburgischen Pressegesetzes verlange ich zu dem SPIEGEL-Titel Nr. 20/1974 den Abdruck folgender *Gegendarstellungen*:

1. Sie behaupten in dem Artikel, ich hätte als prominenter Freitagsbesucher aus eigener Quelle Erkenntnisse über Brandts Provinz-Ausflüge mitgebracht und hätte unnach-sichtlich darauf beharrt, daß Brandt die Koalition und Partei nur mit einem sauberen Rücktritt aus der Affäre bringen könnte. Diese Behauptung ist unrichtig.

Richtig ist, daß ich an diesem Freitag überhaupt nicht mit Willy Brandt gesprochen habe und daß ich ihm weder die behaupteten Erkenntnisse mitgeteilt noch auf seinen Rücktritt beharrt habe.

2. Sie behaupten in dem Artikel weiter, ich hätte am vorigen Wochenende im Gästehaus der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bad Münster-eifel für den Rücktritt Willy Brandts votiert. Dies ist unrichtig.

Richtig ist vielmehr, daß ich bei diesem Gespräch Willy Brandt meiner uneingeschränkten Treue für jede denkbare Entwicklung versichert habe.

Hochachtungsvoll

Herbert Wehner

wurden, war Schmidt bereits beim Schreiben der Regierungserklärung.

Den formulierten Entwurf legte er noch am Mittwochabend seinem künftigen Kabinett vor. Im Kanzlerbungalow im Schaumburg-Park rief Schmidt die einzelnen Passagen auf und ging sie bis 2.30 Uhr in der Frühe mit den Ministern durch.

„Wir konzentrieren uns auf das Wesentliche.“

Am letzten Freitag schließlich trug der fünfte Kanzler der Bundesrepublik (SPD-Vorstandsmitglied Rudi Arndt: „Die SPD hat das Kunststück fertiggebracht, zum erstenmal aus einem Menschen namens Schmidt einen bedeutenden Deutschen zu machen“) dem Volke vor, was er und sein liberaler Kompanon, der neue Vizekanzler Hans-Dietrich Genscher, im Köcher haben: Steuergeschenke von elf Milliarden und gleichzeitig strikte Sparsamkeit bei den Staatsausgaben. Kern der Regierungserklärung: „In einer Zeit weltwe- wachsender Probleme konzentrieren wir uns in Realismus und Nüchternheit auf das Wesentliche, auf das, was jetzt notwendig ist, und lassen anderes beiseite.“

Viele Genossen schockte diese Abkehr von der auf dem letzten Parteitag 1973 in Hannover beschlossenen Linie sozialdemokratischer Politik, wonach ein stetig wachsender Anteil der Staatseinnahmen für gesellschaftliche Reformen und öffentliche Investitionen auszugeben sei. Ein Parlamentarischer Staatssekretär zum Schmidt-Programm: „Das ist reine CDU-Politik.“

Der stellvertretende Parteivorsitzende Heinz Kühn urteilt über den Spargang: Trotz der Steuergeschenke könne „ein gewisses Spannungsverhältnis zu den traditionellen SPD-Wählerschichten entstehen“, weil die neue Regierung sich bei den Tarifrunden im Herbst und Winter dieses Jahres mit den Gewerkschaften anlegen müsse.

Nur: Den in der Wählergunst abgefallenen Sozialdemokraten bleibt kaum eine andere Wahl, als, wenigstens für eine Übergangszeit, auf Erfolgsrezepte früherer CDU-Regierungen zurückzugreifen. Die Not der sozialliberalen Koalition ist groß. Das letzte Aufgebot ist mobilisiert, es hat noch eine letzte Chance.

Nach dem Ende der bewährten Kombination Brandt/Scheel durch den Abgang des FDP-Führers in die Villa Hammerschmidt, nach der Serie schwerer SPD-Niederlagen bei Landtags- und Kommunalwahlen, nach der Agenten-Affäre Guillaume und schließlich dem Fall Brandts steht das angeschlagene SPD/FDP-Bündnis vor Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen, die

Er muß, er will - kann er denn?

Sein Doktor, sagt der Bundeskanzler, habe ihn für den ruinösen neuen Job nur freigegeben, nachdem er versichert habe, daß das Amt ihn nicht mit mehr Ärger und Streß belaste als das alte. Und Schmidt meinte, er sei da sehr sicher. Wenn er nicht mehr auf überfällige Entscheidungen eines eher kontemplativen Kanzlers warten müsse, sondern selber entscheiden könne, sprudele die Streß-Quelle nicht mehr so wie bisher, versiege gar — das Palais Schaumburg als seelische Kneipp-Anstalt.

Helmut Schmidt muß entscheiden, und er will. Kann er denn?

Noch liest sich seine Regierungserklärung der Stabilität und Konsolidierung als Katalog der Unvereinbarkeiten. Noch ist nicht zu sehen, wie der Tatenfrohe Unvereinbares vereinbaren wird.

Unvereinbarkeit Nummer eins: Der Sozialdemokrat Schmidt muß aus politischen Gründen jene seit fünf Jahren dahinsiechende Steuerreform durchbringen, mit der er den mittleren und kleinen Einkommensbezieher — seiner Mitte-Rechts-Klientel — elf Milliarden Mark zuschieben will. Doch da steht der sozialdemokratische Regierungschef dem sozialdemokratischen Langzeitpolitiker auf dem Fuß. Der hatte sich vor seiner Partei verpflichtet, den „Korridor der öffentlichen Aufgaben“ zu verbreitern, statt mit kleingestückelten Steuergeschenken das private Vermögen zu mehren. Nun will der konservative Linke also wieder raus aus den Reformen, rein ins Kindergeld.

Unvereinbarkeit Nummer zwei: Wenn schon konservativ und wenn schon so, wie es anders die etatmäßigen Konservativen von der Union auch nicht tun würden, dann doch wenigstens nicht zu höheren Preisen. Der neue Kanzler hofft, die Gewerkschaften würden sein Steuergeschenk honorieren und die zwei bis drei Prozent Steigerung ihres Reallohnes freiwillig von ihren Lohnforderungen abstreichen. Seit wann denn freiwillig? Auch der Vorgänger konnte selten auf einen Gewerkschafts-Bonus rechnen, den die Sozialdemokraten Loderer (Metall), Kluncker (ÖTV) und Hauenschild (Chemie) weder zahlen wollten noch

konnten. Da helfen auch die neuen treuen Gewerkschaftsseelen im Kabinett nicht, kein Gscheidle und kein Matthöfer, kein Rohde und kein Ravens. Und wie soll der Genscher-Nachfolger Maihofer verhindern, daß die -zig öffentlichen Hände Ende des Jahres eine neue Gehaltslawine im öffentlichen Dienst ausklunckern?

Unvereinbarkeit Nummer drei: Selbst unterstellt, die Gewerkschaften würden mitziehen und ihren eigenen Leuten klarmachen, die elf Schmidt-Milliarden müßten bei den Lohnverhandlungen wieder eingespart werden — woher will Schmidt sie nehmen? Prophylaktisch hat der Restriktions-Kanzler jene Milliarden-Schlucker am Kabinetttisch aus- und umgetauscht, auf deren Verständnis er nicht bauen zu können glaubte. Döhnanyi, dessen Bildungspläne nicht mehr zu finanzieren sind, mußte gehen, und Vogel — Bauherr ohne Geld — wurde im sparsamen Justiz-Ressort eingemauert.

Doch weiß Schmidt selber, daß er damit keine elf Milliarden aus dem Etat bringt, der zu über 90 Prozent fest- und durch überproportionale Gehaltserhöhungen von Jahr zu Jahr fester liegt. Er muß darauf hoffen, daß die Bundesländer seinen Scheck einlösen. Aber warum sollten sie? Bisher war föderalistische Solidarität nicht Mode, weder bei den roten noch bei den schwarzen Ländern. Die von der Union geführten haben schon signalisiert, sie hätten selber genug Probleme mit Umweltschutz und Lehrerbekleidung, Sicherheit und Ordnung. Und die sozialdemokratisch geführten haben ihre speziellen Sorgen: Die Hessen haben im Herbst, die Nordrhein-Westfalen im nächsten Jahr Wahlen. Die verzichten nicht auf einen Kilometer Landstraße zweiter Ordnung und nicht auf 500 Meter S-Bahn-Trasse. Warum auch? Es ist doch Schmidts „öffentlicher Korridor“, den es nach sozialdemokratischem Reformverständnis auszuweiten gilt.

Auf Solidarhilfe kann der neue Kanzler nur rechnen, solange ihm das Wasser bis zum Halse steht — sinkt die Flut, kriegt er den linken Reform-Flügel an den Hals. Wie soll da einer fröhlich entscheiden können?

über die Regierungsfähigkeit der Koalition in Bonn entscheiden.

In dieser Lage nimmt sogar die große Mehrheit des linken SPD-Flügels den Sparkurs des neuen Kanzlers hin — zumindest einstweilen. Klaus Matthiesen, linker Spitzenmann der SPD in Schleswig-Holstein, hält Schmidts Programm „für mehrheitsfähig“. Im Parteivorstand solidarisierte sich sogar der Berliner Sozialist Harry Ristock mit dem konservativen Regierungschef. Und Jochen Steffen, der wegen der Schmidt-Politik um die Zukunft der Partei fürchtet und eher auf die Regierungsbeilegung als auf das Programm des demokratischen Sozialismus verzichten will, stand in der vergangenen Woche sogar unter seinen Gesinnungsfreunden als Außenseiter da.

Der Linke von der Küste zweifelt nicht daran, daß der Frieden der Sozialisten mit Schmidt nur von kurzer Dauer sein wird. Steffen: „Da wird dem Schmidt dann mit Parteitagsbeschlüssen zur Steuerpolitik der Hosensboden strammgezogen.“ Parteivize Heinz Kühn fürchtet schon, die Linke wolle sich mit ihrem gegenwärtigen Wohlverhalten nur ein „Alibi“ verschaffen, um bei einem Scheitern Schmidts die Schuld von sich weisen zu können.

Wie keiner seiner Vorgänger steht so der neue Kanzler unter Erfolgswang. Schonfrist gibt es nicht. Zu prekär ist die Lage der Partei, zu groß sind die Hoffnungen der Bürger auf den neuen starken Mann. Für seinen Marsch zum Erfolg hat sich Schmidt ein Kabinett zusammengestellt, passend zu seinem Stil der straffen Führung und raschen Entscheidungen, eine „Art Präsidialkabinett“ (SPD-MdB Bruno Friedrich). Nicht mehr gefragt sind große Namen, intellektueller Glitzerglanz und hoher Gedankenflug wie einst unter Brandt; gewünscht sind stramme Loyalität zum Kanzler, Fleiß und Sachverstand.

Für den Geldverwalter volle Unterstützung.

So bietet Schmidts Kabinett mit seiner Vielzahl zu Ministerwürden aufgestiegener Staatssekretäre das Bild einer Truppe von folgsamen Polithandwerkern. Ein SPD-Staatssekretär spottete: „Oberleutnant Schmidt hat den Volksturm mobilisiert.“ Die Opposition hingegen, die glaubte, mit einer ausgepoverten Regierung Brandt leichtes Spiel zu haben, warnt davor, das Schmidt-Team zu unterschätzen. CDU-MdB Friedrich Vogel: „Das ist ein solides Arbeitskabinett, die werden uns noch zu schaffen machen.“

In seinem Sparkabinett übertrug Schmidt die Schlüsselposition des Finanzministers seinem Protegé und Landsmann Hans Apel, bislang parlamentarischer Staatssekretär im Auswärtigen

tigen Amt. Der zielstrebige Apel, wegen seines kessen Tons im EG-Ministerrat berüchtigt, soll jetzt eine Politik des knappen Geldes rücksichtslos betreiben.

Vor der Fraktion sicherte der neue Kanzler seinem Geldverwalter volle Unterstützung zu und reservierte sich selbst zugleich die Rolle eines Überfinanzministers: „Der neue Finanzminister wird mich bedingungslos an seiner Seite finden.“

Kurt Gscheidle, vom beamteten Staatssekretär im Postressort zum Nachfolger des drögen Verkehrsmini-

ministerium, dem Freund Schmidt das zuvor von Horst Ehmke geführte Forschungsressort zugewiesen hat, soll dafür sorgen, daß künftig weniger kostspielige und besonders auf den gesellschaftlichen Bedarf orientierte Forschungsvorhaben vorrangig gefördert werden.

Und gemäß der Spar-Richtlinie des neuen Mannes im Palais Schaumburg haben Wohnungsbauminister Karl Ravens, vorletzte Woche noch Parlamentarischer Staatssekretär im Kanzleramt, und Bildungsminister Helmut Rohde,

(Verteidigung) und Walter Arendt (Soziales), die bereits unter Brandt als Minister dienten, holte sich Schmidt die IG-Metaller Matthöfer und Ravens, den früheren zweiten Vorsitzenden der Postgewerkschaft, Gscheidle, und den Chef der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, Rohde, ins Kabinett; von der IG Metall kommen zudem die beiden Staatssekretäre Buschfort und Ruhnau.

Sie alle sollen dem Kabinett Schmidt/Genscher Streit mit den Gewerkschaften ums Geld ersparen helfen. Zudem erwartet Schmidt von den Gewerkschaften, daß sie ihren Widerstand gegen den zwischen SPD und FDP bereits ausgehandelten Mitbestimmungskompromiß aufgeben, der Paritätswünsche der Arbeitnehmer-Organisationen offenläßt.

Die Spitze der Kanzlei konsequent zurückgestutzt.

Dirigieren will der Regierungschef sein Team von einem neu formierten Kanzleramt aus. Darauf bedacht, keinen starken Mann neben sich zu dulden und das Entscheidungsmonopol für sich zu reservieren, soll das Kanzleramt, einst unter Horst Ehmke mächtiges Lenkungsorgan der Regierungsgeschäfte, zu einem Sekretariat ohne politisches Eigengewicht werden. Alle wesentlichen Entscheidungen möchte Schmidt vom Kabinett fällen lassen.

Einerseits will der Kanzler so seiner Mannschaft das Gefühl vermitteln, alle Beschlüsse beeinflussen zu können, andererseits sichert er sich als dem stärksten Mann in der Runde das letzte Wort. Schmidt am vergangenen Freitag: „In einer Sache, die ich für richtig halte, werde ich mich nicht der Mehrheit beugen.“

Konsequent hat Schmidt daher die vielköpfige Spitze seiner Kanzlei zurückgestutzt, die unter Brandt aus dem Sonderminister Egon Bahr, dem Kanzleramtschef Horst Grabert, dem Parlamentarischen Staatssekretär Ravens und dem deutsch-deutschen Chefunterhändler Staatssekretär Günter Gaus bestand. Die Behörde wird künftig nur noch von dem beamteten Staatssekretär Manfred Schüler geleitet, dem die Parlamentarische Staatssekretärin Marie Schlei mit ihren guten Fraktionskontakten zur Seite steht. Aus dem Finanzministerium hat Schmidt sich seinen Bürochef Klaus Dieter Leister mitgebracht.

Weil ein Regierungs-Sekretariat mit der Aufsicht über den Bundesnachrichtendienst (BND) überfordert ist, wird sogar überlegt, die Zuständigkeit für den BND an das Verteidigungsministerium abzugeben.

So leicht es Schmidt hatte, die SPD-Crew für Kabinett und Kanzleramt nach seinem Geschmack zusammenzustellen, so schwer tat sich der starke



Sozialliberale Koalitionsplaner*: Große Namen nicht gefragt

sters Lauritz Lauritzen aufgestiegen, soll die defizitäre Bundespost, die vom Forschungs- zum Verkehrsministerium zurückwanderte, in ein Unternehmen umwandeln, das dem Bund nicht mehr so auf der Tasche liegt. Bewältigt Gscheidle das Problem, die für die Gewerkschaften bislang unbefriedigende Postverfassung endlich durchzusetzen, hat er Aussicht, Generalpostmeister zu werden. Der aus Hamburg als Verkehrs-Staatssekretär herbeigeholte Schmidt-Spezi und ehemalige Innensenator Heinz Ruhnau kann dann Verkehrsminister werden.

Hans Matthöfer, bisher Parlamentarischer Staatssekretär im Entwicklungs-

* Im Garten des Palais Schaumburg (v. l.): Genscher, Schmidt, Mischnick, Scheel, Wehner, Kühn.

ehemals Parlamentarischer Staatssekretär in Walter Arendts Sozial-Ressort, sich bereit erklärt, Ausgabenwünsche ihrer Amtsvorgänger zu reduzieren. Ravens muß wahrscheinlich ein 900-Millionen-Projekt im Wohnungsbau, das der ins Justizressort abgeschobene Hans-Jochen Vogel energisch forderte, in der Schublade lassen, Rohde wird ehrgeizige Vorhaben des geschäftigen Brandt-Mannes Klaus von Dohnanyi im Hochschul-Bereich und bei der Ausbildungsförderung zurückschneiden müssen.

Bei der Rekrutierung seiner Truppe achtete Kanzler Schmidt darauf, möglichst viele gestandene Gewerkschafter zu verpflichten. Neben den früheren Gewerkschaftsführern Georg Leber

Mann gegenüber dem Koalitionspartner FDP. Die Liberalen retteten alle ihre Minister aus dem Kabinett Brandt (außer Scheel) in das Kabinett Schmidt hinüber — wenn auch mit Krach.

Nach der ersten Verhandlungsrunde der Koalitions-Kommissionen waren die Sozialdemokraten Schmidt, Herbert Wehner und Kühn mit dem Eindruck von ihren liberalen Partnern Scheel, Hans-Dietrich Genscher und Wolfgang Mischnick geschieden, die Freidemokraten seien bereit, das nach Genschers Wechsel ins Außenamt frei werdende Innenministerium den Sozialdemokraten für den bisherigen Wohnungsbauminister Hans-Jochen Vogel zu überlassen und sich für den bisherigen FDP-Sonderminister Werner Maihofer, wie von Schmidt gewünscht, mit dem Justizressort zu bescheiden. Ein SPD-Kommissionär: „Die FDP-Leute waren davon sehr angetan.“

Doch später kamen den Liberalen Bedenken. Nun wollten sie wieder das Innenministerium behalten, weil dort mit Umweltschutz und Beamtenrecht wichtige Reformbereiche ressortieren und im Justizministerium nach Verabschiedung der wichtigsten Reformen keine Popularität mehr zu gewinnen ist. Auf einer Sitzung von Parteivorstand und Fraktion am vergangenen Montag wurde der in der Führung großer Behörden unerfahrene FDP-Chefprogrammatiker Maihofer ohne Gegenstimmen nominiert.

Wie stets, konnte der nordrhein-westfälische FDP-Landesvorsitzende Horst-Ludwig Riemer den Mund nicht halten. Er verkündete das Maihofer-Votum vor der Presse und verstimmte den künfti-



Außenpolitiker Genscher
„Ich bin Leninist“

gen Kanzler Schmidt, der sich bei der Kabinettsbildung nicht öffentlich festlegen lassen wollte.

Am Montagabend im Kanzler-Bungalow explodierten Schmidt und SPD-Fraktionschef Herbert Wehner nach Plan. Schmidt blaffte die Freidemokraten wegen der Riemer-Panne an, dies entspreche nicht den Geboten der Fairneß, an die sich auch Leute wie Herr Riemer gewöhnen müßten. Die Sozialdemokraten verlangten, die Sitzung zu unterbrechen, und zogen sich demonstrativ in ein Nebengelaß zurück.

Die Liberalen mußten etwa eine halbe Stunde lang warten, dann verlangte der sich immer noch empört gebende Regierungsbildner Satisfaktion: Als Ausgleich für Maihofer im Innenministerium müsse den Sozialdemokraten dort ein Parlamentarischer Staatssekretär zugestanden werden.

Die Freidemokraten akzeptierten ohne Widerspruch, und sie fügten sich auch darin, ihren Presse-Staatssekretär Rüdiger von Wechmar zu opfern. Neuer Chef des Bundespresseamtes wurde wieder ein SPD-Mann, wie es sich die Sozialdemokraten schon lange gewünscht hatten: der Intendant von Radio Bremen, Klaus Bölling.

Des Kanzlers erste Wahl für diesen Posten, der „Zeit“-Chefredakteur und Schmidt-Fan Theo Sommer, war nicht zu haben. Sommer bedeutete dem Kanzler, er könne ihm auch als Chefredakteur des Hamburger Wochenblattes nützlich sein. Schon in der Woche der Kanzlerwahl zeigte Sommer, wie er sich das denkt. In der „Zeit“ brachte er unter der Anrede „Lieber Helmut“ eine huldvoll-fettige Antrittsode für den neuen Kanzler zu Papier, wie sie einem demokratischen Politiker hierzulande

bisher noch nicht widerfuhr. Ein Schmidt-Staatssekretär: „Das peinlichste Stück Journalismus seit 1945.“

Auch wenn es Schmidt gelingt, die nach der Guillaume-Affäre und dem Bonner Blitzrevirement noch verstörten Sozial- und Freidemokraten zu einer allein dem neuen Chef verpflichteten Truppe zu formen — gemessen wird die Equipe Schmidt/Genscher allein an den Leistungen, die sie bis 1976 noch zu stande bringt.

Steuergeschenk von elf Milliarden für Arbeitnehmer geplant.

Zwar mühte sich der neue Regierungschef in fast jedem Interview, das er nach seinem Amtsantritt gab, und auch in seiner Regierungserklärung, den Erwartungshorizont der Bürger zu verengen. Aber schon in den ersten Wochen nach seiner Wahl will Schmidt jenes heikle Projekt angehen, das den Deutschen seit der Großen Koalition immer versprochen, aber nie beschert wurde: eine grundlegende Reform der Einkommensteuer.

Von 1975 an sollen beispielsweise rund zehn Millionen Familien mit Kindern mindestens fünfzig Mark je Kind vom Staat erhalten, sollen den Arbeitnehmern statt bisher 240 künftig 600 Mark monatlich als Freibetrag gewährt werden. Ein Angestellter mit zwei Kindern und einem Jahreseinkommen von



Entlassener Ostpolitiker Bahr
Als willfährig verdächtigt



Versetzter Ostpolitiker Gaus
Fernab vom Palais Schaumburg



Kanzlerhelfer Bölling: Im Presseamt ein Mann nach Wunsch

24 000 Mark müßte dann statt 2684 Mark nur noch 1305 Mark Lohnsteuer bezahlen. Folge: Durch das Steuergeschenk verlore die Staatskasse jährlich etwa elf Milliarden Mark, fast ein Zehntel der Einnahmen des Bundes.

Doch sosehr den bedrängten Sozialdemokraten ein Steuergeschenk für ihre Arbeitnehmerklientel zupaß kommt, so schwer wird es Schmidts Finanzminister Hans Apel fallen, die Lücke im nächsten Etat zu schließen. Denn neben dem Elf-Milliarden-Loch, das die Steuerreform in die Staatskasse reißt, muß der neue Bundeskassier den Verlust von weiteren neun Milliarden Mark verkraften, die nach der mittelfristigen Finanzplanung ohnedies eingespart werden sollen.

Bislang können die Bonner Haushalter allenfalls hoffen, daß Länder und Gemeinden für etwa fünf der dann insgesamt fehlenden zwanzig Milliarden durch eigene Etatkürzungen geradestehen werden. Inständig warb daher Schmidt in seiner Regierungserklärung bei den Länder- und Gemeinde-Kämmerern um „solidarisches Verhalten“.

„Seine Regierung ist weg, wenn Hessen verloregeht.“

Aber selbst die eigenen Genossen zeigen sich verstockt. Hessens Ministerpräsident Albert Osswald weigerte sich bereits, die Bundesfinanzen zu Lasten der Länder zu sanieren. Schmidt, so der Hessen-Premier, vergesse offenbar die bevorstehenden Landtagswahlen: „Er hat wohl noch nicht erkannt, daß seine Regierung weg vom Fenster ist, wenn Hessen verloregeht.“

Wie immer der Streit zwischen Bund und Ländern in den nächsten Monaten

ausgeht, Schmidt-Nachfolger Apel muß in jedem Fall mit einem Rekord-Minus in der Geschichte der Bundesrepublik fertigwerden.

Zudem muß der Finanz-Neuling auf einen bewährten Helfer verzichten. Ex-Finanzminister Schmidt nahm mit Staatssekretär Manfred Schüler ausgerechnet jenen Mann ins Kanzleramt, der als ausgepichteter Kenner der komplizierten Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern gilt. Mit Mühe konnte Apel am vergangenen Donnerstag im Plenarsaal des Bundestages seinen Kabinettskollegen Erhard Eppler überreden, auf den Haushaltsdirektor



Kanzlerhelfer Leister
Umzug mit dem Chef

des Finanzministeriums, Joachim Hiehle, zu verzichten. Hiehle, der jetzt die Schüler-Nachfolge antreten soll, hatte schon vor längerer Zeit dem Entwicklungshilfeminister versprochen, als Staatssekretär in sein Ressort zu wechseln.

Die Kreml-Führer fühlen sich irritiert.

So hat Apel wenigstens einen erfahrenen Streicher zur Seite, wenn er bereits im Juni ans Kürzen der Ressortanforderungen für 1975 geht. Immerhin muß Apel Milliarden streichen, die in Arendts Sozial-Etat für die Rentenversicherung, in Ertls Agrar-Budget für die Bauern oder in Gscheidles Verkehrshaushalt für die Bundesbahn eingeplant sind.

In Schwierigkeiten gerät der neue Finanzchef auch, wenn er den Bildungs-etat des Kollegen Rohde ausbürsten muß. Hatten die Sozialdemokraten noch im letzten Wahlkampf mit der Forderung nach gleichen Bildungschancen für alle geworben, so will der Kanzler jetzt die Ausbildungsförderung für Schüler und Studenten (bisher eingeplanter Aufwand für 1975: drei Milliarden) kappen und auch im Hochschulbau (Haushaltsansatz für 1974: zwei Milliarden) kurztreten. Schon opponiert FDP-MdB Jürgen Möllemann: „Da machen wir nicht mit.“

Ohne Geld kommt Rohde auch bei seinem Konzept zur beruflichen Bildung nicht aus, mit dem er um Arbeitnehmer-Stimmen werben will. Zur Verbesserung der Lehrlingsausbildung, die vor allem von den Gewerkschaften verlangt wird, gehören nämlich nicht nur neue Ausbildungs-Ordnungen und überbetriebliche Lehrstellen, sondern auch zusätzlich 15 000 Gewerbelehrer.

Sicher scheint, daß die neue Bonner Regierung den Gewerkschaften weder eine perfekt reformierte Berufsausbildung noch die für diese Legislaturperiode versprochene Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen der Wirtschaft bescheren kann. Dafür haben sich die sozialliberalen Koalitionäre fest vorgenommen, bis 1975 wenigstens ein neues Mitbestimmungsgesetz zuwege zu bringen. Will Schmidt dieses Projekt noch termingerecht durchziehen, müssen sich die Koalitionspartner allerdings über haarige Details — zum Beispiel die bislang heftig umstrittene Definition des leitenden Angestellten — bald einig werden.

Weil Helmut Schmidt der Stabilisierung von Staat und Partei den Vorrang geben muß, bleibt für die von Brandt bevorzugte Außenpolitik zunächst nur Routine. Trotz des Versprechens, die von seinem Amtsvorgänger eingeschlagene Ostpolitik fortzusetzen, fällt es Schmidt schwer, gerade diesen An-

2X Düsseldorf

zwei Fachmessen
in internationaler Spitzenposition

28.5.-1.6.



1. Internationale
Fachausstellung
für Industrieöfen
und wärmetechnische
Produktionsverfahren
mit Kongreß

8.6.-14.6.



GIFA 74
4. Internationale
Gießereifachmesse,
größter Markt für die
Gießerei-Industrie

Düsseldorfer Messen Basis für Business

Düsseldorfer Messegesellschaft mbH – NOWEA –
Zentralbereich Inlandmessen 1
4000 Düsseldorf 30, Postfach 320203, Tel. (0211) 4560-1

zialdemokratischen Partner immer noch nicht, was an ihm Überzeugung, was nur Tünche ist. Seine Undurchschaubarkeit brachte ihn in den — freilich albern — Verdacht, er mache das sozialliberale Bündnis nur halbherzig mit und sei ständig auf dem Absprung zur CDU/CSU.

Argwöhnisch beobachtete die SPD Genschers herzliche Kontakte zu den Oppositionsoberen. Sein einstiger CSU-Vorgänger im Innenministerium, Hermann Höcherl, lobt: „Er ist sehr flexibel und wandlungsfähig.“ Sein bisheriges Haus führte er ganz nach Geschmack der Christenunion. CDU-Innen-Experte Friedrich Vogel: „Der machte unsere Politik.“ Und in den Koalitionsverhandlungen vergangene Woche weigerte sich Genschler strikt, den Wunsch des neuen Kanzlers zu erfüllen, den von ihm vor wenigen Wochen ernannten CDU-nahen Staatssekretär Siegfried Fröhlich wieder zu entlassen und ihn durch einen koalitions-treuen Spitzenbeamten zu ersetzen.

NRW-Premier Heinz Kühn fürchtet bereits, daß die Liberalen sich schon nach der Niedersachsen-Wahl im Juni wieder von der Koalition mit der SPD in Bonn absetzen könnten, sollte das Ergebnis nicht ihren Erwartungen entsprechen.

Kanzler Schmidt ist von vornherein auf Distanz zu seinem Stellvertreter bedacht. Während Brandt in seinem freundschaftlichen Bündnis mit Scheel eine Hauptstütze der Koalition sah, meidet Schmidt jeden Anschein allzu großer Vertraulichkeit mit dem Scheel-Nachfolger. Vielmehr will er die Koalition im Verein mit allen vier FDP-Ministern führen.

Aber auch in der Sympathiefigur des demissionierten Kanzlers könnte Schmidt ein Widerpart erwachsen. Als Partei-Kanzler soll Willy Brandt nun die reine sozialdemokratische Lehre gegenüber dem Pragmatismus des von Schmidt betriebenen sozialliberalen Alltagsgeschäfts hochhalten — und das könnte der derzeit schweigenden Linken Mut machen. Denn als SPD-Vorsitzender muß Brandt auch dafür sorgen, daß Schmidt den Reformverzicht nicht zum ersten Programmpunkt macht. Betriebe Kanzler Schmidt mit Rücksicht auf den Wählerzeitgeist nur eine bessere Art von CDU-Politik und gelänge es dem Parteivorsitzenden Brandt nicht, die dagegen opponierende Linke zu zügeln, könnte der Partei sogar die Spaltung drohen.

Einige Spitzen-Genossen plagen sich schon mit düsteren Ahnungen, falls Schmidt scheitern sollte und mit ihm bei der nächsten Bundestagswahl die SPD. Entwicklungsminister Erhard Eppler apokalyptisch: „Wer das Kabinett Schmidt das letzte Aufgebot der Sozialdemokratie nennt, muß wissen: Dies ist dann auch das vorletzte der deutschen Demokratie.“